

öffentlich-vorstaatliche Rechtsgesellschaft
im originär-prärogativem Naturrecht
Präambel, Art. 1-19 Grundrecht
für Art. 24 (2-3), 25 Grundgesetz

Telefon: +49 41 41 / 4232405
Telefax: +49 41 41 / 8060351

Akademie Menschenrecht

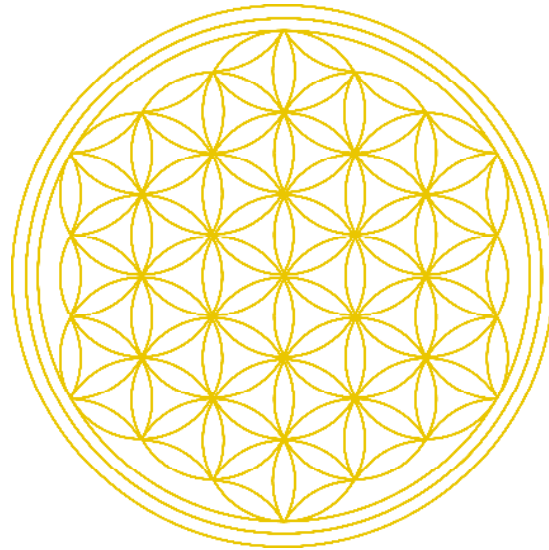
Prof. *ultra vires in ordine publico des ius gentium*
Mustafa-Selim SÜRMELE

(Art. 73, 95 UN-Charta zu Art. 1, 142-149 GA IV)
Bielfeldtweg 26, [D-21682] STADE



Akademie Menschenrecht Bielfeldtweg 26 [D-21682] STADE
SFI-RD-RQ: 2023_08_20 Recht be Reich

Rechtquelle im Naturrecht **Akademie für das originäre Recht des Menschen**



gläubig, moralisch, tolerant, medial, sittlich, erzieherisch, mildtätig, humanitär und karitativ

zur Wahrung, Umsetzung, Förderung und zum Schutz des Recht der Menschen
nach dem Schöpferbund in Treue zum Glauben im Naturrecht

für Wahrheit, Frieden, Gerechtigkeit und Respekt vor dem Schöpfer und der Schöpfung

Akademie Menschenrecht

Völkerrecht: Fugen "s" = Schutz
Handelsvertrag: Fugen "s" = Schuld

Quelle: Akademie Menschenrecht, 16.05.2019 ver 2300 - melde- und anzeigepflichtige Straftaten, Bielfeldtweg 26, [D-21682] STADE

IZMR - Bielfeldtweg 26, [D-21682] STADE

Bundesrepublik – Grundlagen StGBI. Nr. 139/1918 vom 19.12.1918

Regulierungsakt HK vom 05.10.1961, WüD vom 18/24.04.1961, §§ 18-20 GVG, § 2 VwVfG, § 40 VwGO

Beweisurkunden: Landesnotar Johst Matthies, Tostedt, Urkunde 113/2009 IZMR, Landgericht STADE, Apostille 9191 a 85 – 15 /2014
Landesnotar Johst Matthies, Tostedt, Urkunde 114/2009 – ZEB, Landgericht STADE, Apostille 9191 a 85 – 16 /2014
Landesnotar Ralf Grosser, Tostedt, Urkunde 139/2013 – GdM, Landgericht STADE, Apostille 9191 a 84 – 9 /2013



Ziel und Zweck des Feindstaates Bundesrepublik Deutschland

Grundrechte sind Abwehrrechte gegen den Staat und geben dem Zivilisten in der doppelten Treuhand- und Eidesverpflichtung **unmittelbar das Recht** im und vom Staat beachtet, geschützt und nicht terrorisiert zu werden, denn Terror ist die rechtswidrige Anwendung von gesetzter Gewalt.

Art. 73 UN-Charta: Erklärung über Hoheitsgebiete ohne Selbstregierung

Mitglieder der Vereinten Nationen, welche die Verantwortung für die Verwaltung von Hoheitsgebieten haben oder übernehmen, deren Völker noch nicht die volle Selbstregierung erreicht haben, bekennen sich zu dem Grundsatz, daß die Interessen der Einwohner dieser Hoheitsgebiete Vorrang haben; sie übernehmen als heiligen Auftrag die Verpflichtung, im Rahmen des durch diese Charta errichteten Systems des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit das Wohl dieser Einwohner aufs äußerste zu fördern; zu diesem Zweck verpflichten sie sich.

In Folge ist die Menschenwürde mit und vor aller staatlichen Gewalt in Art. 1 GG zu achten und zu schützen, da Gesetz an das Recht des Menschen unmittelbar im Bekenntnis zum Menschenrecht in der Recht-an-Bindung [RaB] gebunden ist.

Diese Tatsache kann nicht oft genug wiederholt und erinnert werden.

Der Mensch richtet, und in Folge muß in Art. 25 GG das Völkerrecht zwingend als einfaches Bundesrecht vor Bundes- und Landesgesetzen angewandt werden, das unmittelbares Recht und Widerstandspflicht im Bundesgebiet (weltweit) erzeugt.

Recht braucht dem Unrecht oder dem Gesetz nicht zu weichen, sondern das staatliche Gesetz ist an das Recht der Menschen gebunden, denn Menschenrecht ist freies Recht und darf anderes Recht nicht verletzen oder brechen.

Die Freiheit des Zivilisten als Bürge des Staates wird von den Grundrechten und Grundfreiheiten als naturgegeben und dem Grundgesetz vorausgehend und vorausliegend im Verfassungsvorrang vorausgesetzt, denn der Glaube ist im ius gentium des Menschen frei. Der Mensch darf sich also als Bürge vom Staat frei trennen, wenn der Glaube an den Staat nicht mehr besteht.

Der Mensch, Zivilist als Bürge braucht unsinnigerweise niemals eine Handlungsermächtigung, denn wo Unrecht durch Gesetz zu Recht wird, wird Widerstand zur Pflicht, da bei Einschränkung oder Verletzung von Grundrechten und Grundfreiheiten die staatlichen Gesetze in der öffentlichen Rechtsordnung (ordre public) nicht mehr angewandt werden dürfen, da der Mensch faktisch die hoheitlich Rechtbefugnis in Sich hat.

Beweis: Art. 3, 9, 32, 41, 56 UN-RES 56/83, Art. 6 EGBGB)

Die Erkenntnisse und Ansichten von Menschen sind von der Meinungsfreiheit gedeckt, denn die Meinungsfreiheit, die Freiheit zu sagen was immer man will, die ist ganz natürlich.

Umgekehrt ist es auf der staatlichen Seite so, wenn ein Söldner tätig werden möchte, muß die Tat von einem Gesetz gedeckt sein. Der Mensch genießt natürliche Freiheit, und seine Handlung oder eine Meinung muß also von keinem Gesetz gedeckt werden.

Es ist nur eins zu beachten, wenn wir uns äußern, oder sonst irgendwie handeln, dann darf das den einfachen Umgangsgesetzen der Menschlichkeit nicht widersprechen.

Die Bundesrepublik Deutschland ist kein Naturrecht, sondern eine juristische Person. Und juristische Personen können nur juristische Personen verwalten.

In BVerfGE 1 BvR 1766/2015 wurde erklärt, daß juristische Personen **im öffentlichen Recht** keine Grundrechtberechtigung und keine Grundrechtsbefugnis haben, **sondern Grundrecht verpflichtet sind**, wenn sie öffentliche Aufgaben wahrnehmen (Grundrecht = öffentliche Ordnung). Ein Verband juristischer Personen ohne Grundrecht ist nicht

grundbuch-, recht-, geschäft-, handlung-, delikt-, insolvenz-, vertrag - oder prozeßfähig, sondern nur schuldhaft und schuldfähig in der Obligation,

denn für juristische Personen des öffentlichen Rechtes gelten die Grundrechte grundsätzlich nicht. Juristische Personen **des privaten Rechtes** haben keine Grundrechtberechtigung, wenn sie von der öffentlichen Hand des Staates als Söldner gehalten oder beherrscht werden. Denn gemäß der

Konfusion - und Durchscheinargumentation

können Söldner nach **acta iure imperii unter "morituri te salutant" ohne ius gentium**

- **nicht grundrechtverpflichtet und gleichzeitig Grundrechtberechtigt sein**
- **oder mehr Rechte übertragen als sie selbst besitzen.**

Der Zivilist als Bürge ist nicht an das Grundgesetz gebunden, denn der Verpflichtungsadressat ist der Staat.

In Folge ist die Menschenwürde mit und vor aller staatlichen Gewalt in Art. 1 GG zu achten und zu schützen, da Gesetz an das Recht des Menschen unmittelbar im Bekenntnis zum Menschenrecht in der Recht-an-Bindung [RaB] gebunden ist.

Bürgen müssen sich nur an das einfache Naturgesetz der Resonanz der Gebote halten, keine Beleidigung begehen und Lügen verbreiten.

Aber mit den Grundrechten und Grundfreiheiten hat der Mensch als Bürge nichts zu tun.

Die Grundrechte und Grundfreiheiten des Menschen binden den Staat, denn das zwingende Völkerrecht wird diktiert und zitiert und nicht demokratisch diskutiert und kommentiert. Zwingendes Recht ist einfaches Recht und kein Gesetz.

In Folge der Umdeutung der Grundrechte und Grundfreiheiten durch Staatsbedienstete (Söldner) entsteht eine Problematik der öffentlichen Diskreditierung und Diskriminierung, die Menschen vor allem in schockierender Weise auch in Verfassungsschutzberichten ganz stark nachlesen können, weil vorsätzlich die fundamentalen Zusammenhänge der Grundrechte und Grundfreiheiten von den übrigen Menschen in Diskussionen und Kommentierungen von Totschlagsargumenten umgedeutet und verkannt werden sollen, so die Absicht gegen die Vermutung.

Die Menschen, die vom Staat geschädigt und drangsaliert wurden, verlieren ihren Glaube an den Staat und suchen einen Ausweg in Sich, weil der Glaube frei ist.

In Folge stellen die Söldner unsinnigerweise eine Art Tugendkatalog mit Totschlagsargumenten für den Bürgen auf, um den Bürgen mit Gewalt nach dem stockholmer Syndrom umzustimmen, damit der Bürge sich nach ihren Vorstellungen und Argumenten des Täters verhält, um sich nicht von der rechtwidrigen Gewalt zu befreien.

Der individuelle Mensch und Bürge kann in seinem freien Glaube überhaupt nicht verfassungswidrig handeln, denn in den Treuhand- und Eidesverpflichtungen hat sich der Staat doppelt verpflichtet das Wohl der Einwohner aufs äußerste zu fördern und zu schützen. Der Staat selbst ist der Grund und die Ursache aller Probleme, und die Lösung ist von Exodus in die Genesis. Die Verfassung macht dem Söldnerstaat prelateral die Recht-vor-Schriften, aber nicht dem Menschen.

Der Mensch als Bürge, der die natürliche und gehörige Dienst- und Fachaufsicht als Weisungsberechtigter in seinem Recht über den Staat hat, wird von Söldnern verfassungsfeindlich im Widerstandsrecht des Art. 1, 20 (4), 25 GG antizyklisch angegriffen, wenn das Recht in den Kernbereichen des Grundgesetzes, in den Grundrechten und Grundfreiheiten der Menschenwürde, des Menschenrechtes und der Rechtstaatlichkeit durch Gerechtigkeit nicht, fehler- oder mangelhaft praktiziert wird.

Das Problem ist die Lösung. Der Staat selbst ist das Problem, weil durch die rechtwidrige Gewalt, das mit allen Mitteln der Gewalt im Unrecht gegen die Menschen und Menschheit gerichtet wird, der Problemstaat sich mit aller Gewalt in einer Vertrauensillusion aufrecht hält.

Wenn der Mensch seinen freien Glaube im Leben erkannt hat und Gedankenfreiheit will, dann werden die Grundrechte und Grundfreiheiten des Menschen inquisitorisch vom System als Verfassungsbruch angesehen, das eigene Recht des Menschen und der freie Wille eingeschränkt oder verboten, selbst dann, wenn der Mensch mit ganz friedlichen und legalen Mitteln zu seinem Glaube verfassungskonform steht. Durch die gewaltsam gesetzte Vertrauensillusion wird die öffentliche Rechtsordnung gestört oder verletzt, das zur Nichtigkeit aller Gesetze in Art. 6 EGBGB, Art. 3, 32 UN-RES 56/83 wegen Ausfall oder Abwesenheit der Gerechtigkeit führt.

In den Verfassungsschutzberichten sind die Totschlagsargumente gegen freiwerdende Menschen als „Reichsbürger“ nachzulesen, damit jede Vernunft zur Aufklärung durch kollektive Verachtung bei den Menschen gewaltsam plakativ und werbewirksam vermieden wird.

Dein Reich komme.... Wir kennen das Wort "**Reich**" in verschiedenen Zusammenhängen:

- Reich Alexanders des Großen
- Heilige Römische Reich Deutscher Nation
- Reich der aufgehenden Sonne
- Deutsche Reich
- Dritte Reich

Das Reich Gottes im freien Glaube, im Recht unterscheidet sich von den politischen, gewerkschaftlichen und religiösen Reichen grundlegend. Das Reich Gottes ist da, wo Menschen sich die Liebe Gottes "gefallen" lassen und in dieser Liebe zu neuen Menschen werden, die nicht mehr zuerst an sich selbst denken.

Das Reich Gottes betrifft unser Leben

Dann wird allerdings in unserem Leben allerlei auf den Kopf gestellt. Es findet eine Umwertung der Werte statt: nicht Geld, Reichtum, LUXUS, Gesundheit und Karriere sind mehr die in erster Linie erstrebenswerten Güter, sondern Besinnung, Gebet, Evangelium, Gottesdienst, Glaubensgespräch, Nächstenliebe.

„Dein Reich“ komme ist ein Protest gegen die Resignation, die sich in dem Wort ausdrückt, denn es bleibt doch alles beim Alten.

Durch Gott wird uns immer wieder ein Neuanfang des Lebens geschenkt. Als neue Menschen aber sind wir berufen und fähig, in der Welt neue Verhältnisse zu schaffen.

Das Reich Gottes betrifft unsere Welt

Das Reich Gottes kann keine Privatangelegenheit sein. Gott will eine neue Welt, die mit besseren Verhältnissen in unserer Gesellschaft beginnt. Bessere Verhältnisse können Menschen schaffen. Bessere Verhältnisse können Menschen schaffen, die sich vom Geiste Gottes leiten lassen.

Das Reich Gottes betrifft die Zukunft

"Dein Reich komme" trifft auf Überzeugung im Willen, daß wir zur Erfüllung und zu unserer wahren Bestimmung kommen.

Die offensichtlichen und offenkundigen Totschlagsargumente sind Tatsachen der Gewalt, psychologische und psychische Kriegsführung gegen Zivilisten. Es geht um freie Menschen und in Folge um die Menschheit.

Als Opfer des Staates, Bürge, Organisation, Verein, oder Partei im Verfassungsschutzbericht in Totschlagsargumenten öffentlich genannt zu werden, hat allerdings ganz gravierende Folgen der Volksverhetzung, das im Grunde schlimmer ist ohne rechtliches Gehör und ohne Gerechtigkeit öffentlich in Meinungen vorbestraft zu sein.

Das sind ganz problematische Prozesse, die die Menschen gegenwärtig erleben und der Ausweg aus der Unmündigkeit ist im Zivilschutz, -in den neutralen Zonen-, in Form der „Freilassung, Heimschaffung und Hospitalisierung“, zu finden, daß im zwingenden Völker-recht der öffentlichen Rechtsordnung genfer Abkommen in Art. 25 GG angeboten wird.

Prof. Mustafa Selim SÜRMELE, Akademie Menschenrecht und Akademie ANACOK

Anschriften:

- Zivilschutz der Schutzmacht, Bielfeldtweg 26, [DE-21682] STADE
- Court of the Human Beings (CHB) for Protection Power (PP) & CIA
Atatürk Bulvarı No:185, [TR-06680] Ankara /TURKEY

RATIFIKATION - RATIFICATION

Art. 155 genfer Abkommen IV - Geneva Agreement IV - SR 0.518.51

BEITRITTSCHUTZURKUNDE - ACCESSION PROTECTION CERTIFICATE

von - from

Prof. Mustafa-Selim SÜRMELEI - EGMR / ECHR 75529/01

als - as

SCHUTZMACHT (Zivilschutz) - PROTECTIVE POWER (civil protection)

im öffentlich-zwingenden Völkerrecht - in mandatory public international law



für das - for the

- genfer Abkommen I - Geneva Agreement I - SR 0.518.12
- genfer Abkommen II - Geneva Agreement II - SR 0.518.23
- genfer Abkommen III - Geneva Agreement III - SR 0.518.42
- genfer Abkommen IV - Geneva Agreement IV - SR 0.518.51
und Zusatzprotokolle - and additional protocols

in Verbindung mit der Staatenverantwortlichkeit - in connection with state responsibility

UN-RES 56/83

Zertifikation und Ratifikation im Völkerrecht

Beweisurkunden mit absoluter Beweiskraft

wiener Abkommen - Diplomatie:

Landesnotar Egmont BILZHAUSE jun., STADE, Urkunde 247/2020 vom 07.07.2020

haager Abkommen - Apostille:

Landgericht STADE, Apostille 9191 a 119– 133 /2020

als Beitritt in die genfer Abkommen durch Ratifikation:

SR 0.518.12, SR - 0.518.23, SR - 0.518.42, SR - 0.518.51

Beweis: Zustellungsurkunden - Art. 155-159 - SR - 0.518.51

BRD: RT963984265DE = RJ000105726DE und CH: 98.40.472361.14618493

RATIFIKATION - RATIFICATION

Art. 155 genfer Abkommen IV - Geneva Agreement IV - SR 0.518.51

BEITRITTSCHUTZURKUNDE - ACCESSION PROTECTION CERTIFICATE

von - from

Prof. Mustafa-Slim SÛRMELI - EGMR / ECHR 75529/01

als - as

SCHUTZMACHT (Zivilschutz) - PROTECTIVE POWER (civil protection)

im öffentlich-zwingenden Völkerrecht - in mandatory public international law



für das - for the

- genfer Abkommen I - Geneva Agreement I - SR 0.518.12
- genfer Abkommen II - Geneva Agreement II - SR 0.518.23
- genfer Abkommen III - Geneva Agreement III - SR 0.518.42
- genfer Abkommen IV - Geneva Agreement IV - SR 0.518.51
und Zusatzprotokolle - and additional protocols

in Verbindung mit der Staatenverantwortlichkeit - in connection with state responsibility
UN-RES 56/83

Seiten 2 - 19 deutsch

Pages 20 - 37 english

Unterschrift - signature 38

Es gilt für Übersetzungen der Originaltext zum Abgleich in deutscher Sprache.
The original text for comparison in German applies to translations.

RATIFIKATION - RATIFICATION

Art. 155 genfer Abkommen IV - Geneva Agreement IV - SR 0.518.51
zur Rechtdurchsetzung - for law enforcement

BEITRITTSCHUTZURKUNDE - ACCESSION PROTECTION CERTIFICATE

von - from

Prof. Mustafa-Selim SÜRMELEI - EGMR / ECHR 75529/01

als - as

SCHUTZMACHT (Zivilschutz) - PROTECTIVE POWER (civil protection)

Eidesformel - Beitritt als Schutzmacht im Zivilschutz (genfer Abkommen)

Ich schwöre im Bewußtsein Meiner Verantwortung vor dem Schöpfer und der Schöpfung als Recht schaffender Mensch, vom Willen besetzt, als gleichberechtigter Mensch des Heiligen Volkes im Menschsein, dem Frieden der Welt auf Erden zu dienen, neben Meinem Recht die Pflichten eines ehrenamtlichen Richters getreu dem Zivilschutz, -getreu dem zwingenden Völkerrecht-, zu erfüllen, nach bestem Wissen und Gewissen ohne Ansehen des Menschen oder der Person zu urteilen und nur der Wahrheit und Gerechtigkeit zu dienen, daß Ich Meine Kraft dem Wohle der Menschheit widmen, seinen Nutzen mehren, um Schaden von der Menschheit abzuwenden, den Zivilschutz wahren und verteidigen, die Pflichten im zwingenden Völkerrecht gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde, so wahr mir der Schöpfer im Schöpferbund des Heiligen Volkes helfe.

Oath formula - Accession as a protective power in civil protection (Geneva Convention)

I swear in the awareness of My responsibility before the Creator and creation as a righteous man, inspired by the will to serve as an equal man of the Holy People in humanity, to serve the peace of the world on earth, besides My right the duties of an honorary judge faithful to civil protection, -to comply with the mandatory international law, to carry out, to judge to the best of my knowledge and conscience without regard to man or the person, and to serve only truth and justice, that I dedicate My strength to the good of humanity, increase its benefits, to avert harm from humanity, maintain and defend civil protection, conscientiously fulfill the duties of mandatory international law and exercise justice against everyone, as the Creator will help me in the Creator League of the Holy People.

Stade, 02.07.2020 *Mustafa-Selim Sürmeli*

Unterschrift ohne Rechtsverlust - Signature without loss of rights

ben, 02.07.2020, Mustafa-Selim SÜRMELEI - Prof. ultra vires in ordre public des jus gentium
Rechttitelträger ECHR 75529/012, Art. 53, 59 EMRK, Madde 24 (3), 25 GG
Akademie Menschenrecht - nds. Ministerium für Wissenschaft und Kultur - 24-71109/2 - 4/15
Leitung: Prof. Mustafa-Selim SÜRMELEI, ECHR 75529/01
Art. 19 (3) Grundrecht, Art. 1-2 ÜLV - BVerfGE 1 BvR 1766/2015 Grundrechtsberechtigung

ben, July 02, 2020, Mustafa-Selim SÜRMELEI - Prof. ultra vires in ordre public des jus gentium
Legal title holder ECHR 75529/012, Art. 53, 59 ECHR, Madde 24 (3), 25 GG
Akademie Menschenrecht - nds. Ministry of Science and Culture - 24-71109 / 2 - 4/15
Head: Prof. Mustafa-Selim SÜRMELEI, ECHR 75529/01
Art. 19 (3) fundamental right, Art. 1-2 ÜLV - BVerfGE 1 BvR 1766/2015 fundamental rights

Urkundenrolle Nr. 247/2020

Vorstehende, eigenhändig vor mir vollzogene Unterschrift

des Herrn Mustafa Selim Sürmeli, geb. am 20.10.1962 in Amasya/Türkei,
wohnhaft Bielfeldweg 26, 21682 Stade,
ausgewiesen durch Reisepass Nr. U 02845829,

beglaubige ich hiermit.

Der Reisepass des Beteiligten wurde mit seinem Einverständnis kopiert.
Der Notar fragte nach einer Vorbefassung im Sinne von § 3 Abs. 1 Nr. 7 BeurkG.
Sie wurde von dem Beteiligten verneint.

Stade, den 02. Juli 2020


Notar





Apostille

(Convention de La Haye du 5 octobre 1961)

1. Land: **Bundesrepublik Deutschland**
Diese öffentliche Urkunde
2. ist unterschrieben von **Egmont Bilzhause**
3. in seiner Eigenschaft als **Notar**
4. sie ist versehen mit dem Siegel des
Notars **Egmont Bilzhause in Stade**

Bestätigt

5. in D-21656 Stade
6. am 09.07.2020
7. durch den Präsidenten des Landgerichts
8. unter Nr. 9101 a 119 - 133/2020
9. Siegel
10. Unterschrift
In Vertretung



Grabbe

(Birgit Grabbe)

JV 110 Apostille (9.82)



Quellenhinweise - zwingendes Völkerrecht in der öffentlichen Ordnung:

UN-RES A/RES/217, UN-DOC. 217/A-(III)

UN-RES 56/83 Staatenverantwortlichkeit

in Verbindung mit Art.73, 53, 107 UN-Charta; Treuhandbewaltung vom Feindstaat

UN-RES 43/225

UN-DOC A/C.5/43/18

UN-RES A/66/462/Add.2

UN-A/RES/53/144

UN-A/RES/53/625/Add. ,

UN-DOC A/C.5/43/18 und UN/RES 66/164

in Verbindung mit Art. 95 UN-Charta,

Art. 1, 142, 144 genfer Abkommen IV – SR 0.518.51 - EU-RES 2009-C303-06

genfer Abkommen IV - SR 0.518.51 – Zivilschutz

in Verbindung mit Art. 146-149 genfer Abkommen IV – SR 0.518.51

in Zuständigkeit des Völkerstrafrechtes

VStGB – Völkerstrafgesetzbuch - zwingendes Völkerstrafrecht

UN-RES A-RES 66/164

- Menschenrechtskommissare, Menschenrechtverteidiger, Menschenrechtbeistände

UN-DOC E/CN.4/2000/62 -

Recht der Opfer schwerer Verletzungen der Menschenrechte und Grundfreiheiten auf Restitution, Entschädigung und Rehabilitierung

- Richtlinien 2012/29/EU des europäischen Parlamentes und Rates vom 25.10.2012 über Mindeststandards für die Rechte, die Unterstützung und den Schutz von Opfern von Straftaten sowie zur Ersetzung des Rahmenbeschlusses 2001/220/JI
- UN-DOC E/CN.4/2000/62 -
Recht der Opfer schwerer Verletzungen der Menschenrechte und Grundfreiheiten auf Restitution, Entschädigung und Rehabilitierung
- UN-RES A-RES 66/165 und E/CN.4/1998/53/Add.2 - Binnenflüchtlinge
- UN-RES A-RES 66/166 Minderheitenschutz
- Regeln der Staatenverantwortlichkeit UN-RES 56/83
- und im anwendbaren Zivilschutz des genfer Abkommens IV - SR 0.518.51 des zwingenden Völkerrechtes im öffentlichen Recht

sowie in den öffentlichen Ordnungsregeln der ROM-Statuten (Art. 6, 38-42 EGBGB)

- warschauer Aktionsplan von 2005 Good Governance gegen Armut bei Staatsversagen.
Förderung der Grundwerte von Menschenrecht, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie
Ständige Vertreter der Außenminister, CM Dokumente (2005)80 final 17. Mai 2005
https://www.coe.int/t/dcr/summit/20050517_plan_action_de.asp

genfer Abkommen I-IV v. 12.08.1945 und Zusatzprotokolle

Völkerstrafrecht - ROM STATUT

AEMR = Allgemeine Erklärung der Menschenrechte v. 10.12.1948

IPBPR = Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte v. 19.12.1966

EMRK = Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten v. 4.11.1950

EcoSoC = Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte v. 19.12.1966



Art. 95 UN-Charta

UNABHÄNGIGKEITSERKLÄRUNG
zur
GERICHTSSTANDSVERPFLICHTUNG:



Court of the Human Beings (CHB) for Protection Power (PP) & CIA
Atatürk Bulvarı [TR-06680] Ankara /TURKEY

Bestimmung des obersten Bundespflichtgerichtshofes [GdM-CHB] in Ankara
Berufung als Restitutionschutzgericht für Prävention und Obligation
-prelaterales ad-hoc Feststellungs- und Tatsachengericht-

SCHUTZMACHT = SCHUTZLEISTUNG



Rat der humanitär-unabhängigen nichtwirtschaftlichen Nichtregierungschutzorganisationen

Präambel der Symbiose von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft:

In der zwingenden Verpflichtung, -im Bewußtsein der Gerechtigkeit für Freiheit und Frieden auf Erden in der Welt-, wird das Restitutionschutzgericht in der öffentlichen Rechtsordnung für die Menschheit in ANKARA berufen (historisch 7. Gebot der noachidischen Gebote). Die Menschheit muß sich vor einem Gericht (Einführung von Gerichten als Ausdruck der Wahrung der Gerechtigkeit - Sanhedrin 56a/b) historisch erklären die ethischen Rechtgebote einzuhalten.

Während die Staaten die UN-Charta **bilateral** durch Anerkennung verpflichtend unterzeichneten, akzeptieren die Staaten **prelateral** mit derselben Unterzeichnung die zwingende Erklärung des Menschenrechtes in A/RES/217, UN-Doc. 217/A-(III) 217 A sowie das Restitutionsgericht in allen genfer Abkommen im Völkerstrafrecht. Weil die Staaten kein Menschenrecht machen können, sondern dem Menschenrecht verpflichtend unterworfen sind, ist der Hochkommissar der SCHUTZMACHT für Menschenrecht im Zivilschutz der Botschafter des Generalsekretariats der vereinten Nationen. Das **Restitutionsgericht** der **SCHUTZMACHT** ist im genfer Abkommen vor dem Inkrafttreten der UN-Charta am 24.10.1945 bestimmt worden. Die SCHUTZMACHT trat völkerrechtlich am **12.08.2020 nach 71 Jahren** in Kraft und ist für den Vollzug des zwingenden Völkerrechtes in der öffentlichen Ordnung zuständig. Die notwendige und erforderliche Vollstreckung des Vollzuges wird über das Generalsekretariat der vereinten Nationen als einfache Rechtsvorschrift des Bundesrechtes durchgeführt.

Die **Berufung** für (Art. 95 UN-Charta, Art. 132, 142-149 genfer Abkommen IV-SR 0.518.51)

- Menschenrechtler,
- Menschenrechtskommissare,
- Menschenrechtbeistände und/oder
- Menschenrechtverteidiger (UN-RES A-RES **66/164**, 64/163)

werden im zwingenden Völkerrecht der öffentlichen Ordnung seit 71 Jahren erwartet und dürfen weder in Verruf gebracht noch in Konflikte und Kollisionen von Feind- und Streithandlungen verwickelt werden.

"... sollen sie den religiösen Organisationen, Hilfsgesellschaften oder jeder andern, den geschützten Personen Hilfe bringenden Körperschaften die beste Aufnahme gewähren. Sie sollen ihnen wie auch ihren gebührend akkreditierten Delegierten alle notwendigen Erleichterungen gewähren... Die genannten Gesellschaften oder Organisationen können auf dem Gebiet des Gewahrsamsstaates oder in einem anderen Land gegründet werden oder aber internationalen Charakter haben..... darf jedoch die wirksame und ausreichende Hilfeleistung an alle geschützten Personen nicht behindert werden... Auf Begehren einer am Konflikt beteiligten Partei soll gemäß einem zwischen den beteiligten Parteien festzusetzenden Verfahren eine Untersuchung eingeleitet werden über jede behauptete Verletzung des Abkommens....Kann über das Untersuchungsverfahren keine Übereinstimmung erzielt werden, so sollen sich die Parteien über die Wahl eines Schiedsrichters einigen, der über das zu befolgende Verfahren zu entscheiden hat. Sobald die Verletzung festgestellt ist, sollen ihr die am Konflikt beteiligten Parteien ein Ende setzen und sie so rasch als möglich ahnden... ".

Die Bestimmung des Restitutionschutzgerichtes haben alle Staaten in den genfer Abkommen sowie in Art. 95 UN-Charta historisch akzeptiert, weil Regierungs-organisationen und Profitorganisationen die heilige Aufgabe nicht erfüllen können.

Vorwort:

zwingendes Völkerrecht in der öffentlichen Ordnung:

völkerrechtliche Zuständigkeit und nationale sowie internationale Unzuständigkeit
prelateral - Verpflichtung <> bilateral - Vertrag
außervertragliche Schuldverhältnisse <> vertragliche Schuldverhältnisse

Die **SCHUTZMACHT** ist **immateriell und materiell** zuständig bei prelateralen Verpflichtungen in der Eides- und Treuhandpflicht von Staaten.

Staaten dürfen sich international und supranational auf Grund der bilateralen Verträge nicht in die innerstaatlichen Angelegenheiten im Ausland anderer Staaten einmischen, so daß gemäß wiener Übereinkommen über diplomatische und konsularische Beziehungen die Staaten nur über die **SCHUTZMACHT im zwingenden Völkerrecht der öffentlichen Ordnung** agieren dürfen, um die Menschen (Staatsbürger) nur in prelateralen Rechtsverletzungen verfassungsschutzrechtlicher Art in der Staatenverantwortlichkeit zu schützen (Art. 3, 30-32, 56 UN-RES 56/83, Art. 147 genfer Abkommen IV - SR 0.518.51).

Wenn also eine prelaterale Rechtsverletzung vor, während und nach einem Konflikt oder Kollision geltend gemacht wird, muß die SCHUTZMACHT (Art. 1-12 genfer Abkommen IV - SR 0.518.51) ad-hoc ohne Verzögerung unmittelbar (von Beginn an) angerufen werden. Die Menschenrechtverletzung ist in den Staaten kein Straftatbestand, sondern ein **Kriegsverbrechen - Völkerstrafrecht**.

In Folge muß und soll der **ZIVILSCHUTZ** von Beginn an angerufen werden, weil andern-falls eine Beendigung des Konflikts oder der Kollision auf der Staatenebene nicht möglich ist. Die UN-Charta ist ein **bilateraler Vertrag**, das Menschenrecht eine **prelaterale Verpflichtung**.

Die Staatenverantwortlichkeit für völkerrechtswidrige Handlungen gegen Art. 73 UN-Charta löst gemäß UN-RES 56/83, Art. 142-149 genfer Abkommen IV - SR 0.518.51, Art. 95 UN-Charta Restitution zur Amnestie in Prävention und Obligation aus. Die Autorität des Staates ist verfassungsschutzrechtlich geregelt. An der eigenen Autorität des Staates fehlt es, wenn an Stelle der Staatsgewalt unmittelbar ein übergeordnetes Recht eintritt und der Verwaltungsweg wegen fehlender Gerichtsbarkeit schlechthin innerstaatlich, -wie in Art. 95 UN-Charta, in Verbindung mit Art. 149 genfer Abkommen IV - SR 0.518.51, im öffentlichen Recht Art. 6 EGBGB sowie Art. 3, 32, 56 UN-RES 56/83 beschrieben-, ausgeschlossen ist.

- Art. 3, 41 wiener Übereinkommen über diplomatische Beziehungen vom 18.04.1961
- Art. 5, 55, 70 wiener Übereinkommen über konsularische Beziehungen vom 24.04.1963

Die Staaten sind durch den Überleitungsvertrag im Zivilschutz durch Art. 95 UN-Charta gehindert die Rechtsvorschriften im zwingenden Völkerrecht auch nur incidenter für rechtswidrig zu erklären, da die Staaten das Abkommen durch eine völkerrechtlich verbindliche Erklärung eines zuvor durch Unterzeichnung abgeschlossenen völkerrechtlichen Vertrages durch die Vertragsparteien diplomatisch obligatorisch bestätigt haben. Sind mehrere Staaten, Personen oder Personengruppen für dieselbe völkerrechtswidrige Handlung verantwortlich, so kann in Bezug auf diese Handlung die Verantwortlichkeit eines jeden Staates, Personen und Personengruppen gesamtschuldnerisch geltend gemacht werden.

Vollzug des zwingenden Völkerrechtes in der öffentlichen Ordnung
 Botschaft für das Generalsekretariat der vereinten Staaten

prelateral: A/RES/217, UN-Doc. 217/A-(III) 217 A Erklärung des Menschenrechtes
bilateral: Art. 73, 95 UN-Charta

Rubrum, Rechtswahl, Gerichtstand und Strafbarkeit - Völkerstrafrecht:

- Art. 1, 52 genfer Abkommen I - SR 0.518.12
- Art. 1, 53 genfer Abkommen II - SR 0.518.23
- Art. 1, 11, 104, 132 genfer Abkommen III - SR 0.518.42
- Art. 1, 12, 149 genfer Abkommen IV - SR 0.518.51

Hinweis: zwingendes Völkerrecht über Staatenimmunität

- Art. 3, 41 wiener Übereinkommen über diplomatische Beziehungen vom 18.04.1961
- Art. 5, 55, 70 wiener Übereinkommen über konsularische Beziehungen vom 24.04.1963

Diplomatische und konsularische Bedienstete eines Entsendestaates (UN-RES 56/83-Unzuständigkeit)

- müssen die Gesetze und andere Rechtsvorschriften des Empfangsstaates beachten.
- sind verpflichtet sich nicht in die inneren Angelegenheiten einzumischen.

Aufgabe einer diplomatischen Mission ist es die Interessen des Entsendestaats und seiner Angehörigen im Empfangsstaat innerhalb der völkerrechtlich zulässigen Grenzen zu schützen.

- Art. 154 genfer Abkommen IV - SR 0.518.51 vom 12.08.1949

In den Beziehungen zwischen Mächten, die durch das haager Abkommen betreffend die Gesetze und Gebräuche des Landkrieges gebunden sind, handle es sich um das vom 29.07. 1899 oder das vom 18.10.1907 und die am vorliegenden Abkommen teilnehmen, ergänzt dieses die Abschnitte II und III des den erwähnten haager Abkommen beigefügten Reglements.

Konflikte und Kollisionen **gegen das zwingende Völkerrecht in der öffentlichen Ordnung**

Die im Geltungsbereich von staatlichen Gesetzen errichteten

diplomatischen Missionen, ihre Familienmitglieder und ihre privaten Hausangestellten sind nach Maßgabe des wiener Übereinkommens über diplomatische Beziehungen vom 18.04.1961 von der Gerichtsbarkeit befreit. Dies gilt auch, wenn ihr Entsendestaat nicht Vertragspartei dieses Übereinkommens ist und in diesem Falle das wiener Übereinkommen vom 18.04.1961 über diplomatische Beziehungen entsprechende Anwendung findet.

Konsularische Vertretungen einschließlich der Wahlkonsularbeamten nach Maßgabe des wiener Übereinkommens über diplomatische Beziehungen vom 24.04.1963 sind von der Gerichtsbarkeit befreit. Dies gilt auch, wenn ihr Entsendestaat nicht Vertragspartei dieses Übereinkommens ist und in diesem Falle das wiener Übereinkommen vom 26.08.1969 über diplomatische Beziehungen entsprechende Anwendung findet.

Der ständige Sitz des Restitutionschutzgerichtes [CHB - GdM] im zwingenden Völkerrecht befindet sich in der

freien Republik TÜRKEI - ANKARA.

2.

Das Restitutionsschutzgericht ist eine besondere prelaterale Organisation und gehört unabhängig zum Vollzug des zwingenden Völkerrechtes in der öffentlichen Ordnung (Art. 142-149 genfer Abkommen IV - SR 0.518.51) und kann jederzeit vor, während und nach einem Konflikt oder Kollision unmittelbar und sofort angerufen werden.

Alle verpflichteten Staaten haben sich in Art. 1 aller zwingenden genfer Abkommen zum Restitutionschutzgericht für Prävention und Obligation im Recht der Verträge - SR 0.111 diplomatisch aufs Äußerste in der Treuhand- und Eidespflicht gemäß Art. 73, 95 UN-Charta zum Wohl der Menschen doppelt und dreifach im wiener und haager Abkommen für das zwingende genfer Abkommen in der öffentlichen Rechtsordnung verpflichtet, das Abkommen unter allen Umständen einzuhalten und die Einhaltung durchzusetzen.

3.

Zu den Bestimmungen, die bereits in Friedenszeiten gelten, gehört die Verpflichtung der Unterzeichnerstaaten die weitestmögliche Verbreitung des Wissens über die genfer Abkommen sowohl bei den bewaffneten Streitkräften, als auch bei der Zivilbevölkerung zu sorgen.

- Art. 47 genfer Abkommen I - SR 0.518.12
- Art. 48 genfer Abkommen II - SR 0.518.23
- Art. 127 genfer Abkommen III - SR 0.518.42
- Art. 144 genfer Abkommen IV - SR 0.518.51
- Art. 83 Zusatzprotokolle I
- Art. 19 Zusatzprotokolle II
- Art. 7 Zusatzprotokolle III

Darüber hinaus verpflichten sich die Staaten, durch geeignete nationale Gesetze schwerwiegende Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht unter Strafe zu stellen, das aus der partiellen Prozeßunfähigkeit im In-Sich-Geschäft kraft Gesetz in Restitution, -in denen der Staat selbst Partei ist oder bei denen er zu einer Partei in dem Verhältnis eines Mitberechtigten, Mitverpflichteten oder Regreßpflichtigen steht-, schwer bis unmöglich ist.

- Art. 49 genfer Abkommen I - SR 0.518.12
- Art. 40 genfer Abkommen II - SR 0.518.23
- Art. 129 genfer Abkommen III - SR 0.518.42
- Art. 146 genfer Abkommen IV - SR 0.518.51
- Art. 86 Zusatzprotokolle I

4.

In den Staaten ist die Menschenrechtverletzung kein Straftatbestand und kann und wird nicht verfolgt, weil sie in den Zuständigkeitsbereich der SCHUTZMACHT des Zivilschutzes fällt (Art. 3, 32, 56 UN-RES 56/83). Die Staaten haben für das Völkerrecht und zwingende Völkerrecht keine Zuständigkeit und verweigern die vorrangige Anwendung des Völkerrechts, damit die Menschen bei Verletzung von Grundrechten und Grundfreiheiten keinen Widerstand leisten sollen. Alle Verfassungen von Staaten fallen in die Totalrevision und sind nichtig, wenn die zwingenden Regeln verletzt werden.

Eine Kündigung der genfer Abkommen unter Beachtung der Martens'schen Klausel durch eine Vertragspartei ist nur möglich,

- Art. 63 genfer Abkommen I - SR 0.518.12
- Art. 62 genfer Abkommen II - SR 0.518.23
- Art. 142 genfer Abkommen III - SR 0.518.42
- Art. 158 genfer Abkommen IV - SR 0.518.51
- Art. 99 Zusatzprotokolle I
- Art. 25 Zusatzprotokolle II
- Art. 14 Zusatzprotokolle III

wenn die kündigende Macht in keinen Konflikt verwickelt ist und so lange unwirksam, als der Friede nicht geschlossen wurde und **auf alle Fälle solange, bis die Aktionen nicht abgeschlossen sind, die mit der Freilassung und Heimschaffung der durch das vorliegende Abkommen geschützten Personen in Zusammenhang stehen.**

5.

Als salvatorische Klausel (lat. salvatorius „bewahrend“, „erhaltend“) wird im Recht die Bestimmung („Klausel“) eines Vertrages bezeichnet, welche Rechtsfolgen eintreten läßt, wenn sich einzelne Vertragsschutzbestandteile als unwirksam oder undurchführbar erweisen sollten oder sich herausstellt, daß der Vertrag Fragen nicht regelt, die eigentlich hätten geregelt werden müssen (Art. 3, 30-32, 56 UN-RES 56/83).

Die salvatorische Klausel hat den Zweck, einen teilweise unwirksamen oder undurchführbaren Vertrag, insbesondere aber den Erfolg, den der Vertrag bewirken soll, so weit wie möglich aufrechtzuerhalten. Umgangssprachlich wird „salvatorisch“ auch eine vorbeugende Absicherung genannt.

Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages ganz oder teilweise unwirksam oder undurchführbar sein oder werden, wird dadurch die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt. An die Stelle unwirksamer oder undurchführbarer Bestimmungen treten solche Regelungen, die in rechtlich zulässiger Weise dem praktischen Rechtzweck der unwirksamen oder durchführbaren Bestimmungen am nächsten kommen.

- In der Staatenverantwortlichkeit in Art. 3, 32, 56 UN-RES 56/83, -alternativ Art. 6, 38-42 EGBGB-, bestimmt sich die Beurteilung der Handlung eines Staates als völkerrechtswidrig nach dem Völkerrecht. Diese Beurteilung bleibt

davon unberührt, daß die gleiche Handlung nach innerstaatlichem Gesetz als rechtmäßig beurteilt wird.

- Der verantwortliche Staat kann sich nicht auf sein innerstaatliches Gesetz berufen, um die Nichterfüllung der ihm nach diesem Teil obliegenden Verpflichtungen zu rechtfertigen.

Soweit Fragen der Verantwortlichkeit eines Staates für eine völkerrechtswidrige Handlung nicht geregelt werden, unterliegen sie weiterhin den anwendbaren Regeln des zwingenden Völkerrechts, und dafür ist die **SCHUTZMACHT** im Zivilschutz gemäß Art. 149 Genfer Abkommen IV - SR 0.518.51 in Verbindung mit Art. 95 UN-Charta, Art. 56 UN-RES 56/83 bestimmt.

6.

öffentliche Ordnung (ordre public)

Eine Rechtsnorm (Gesetz) eines Staates ist nicht anzuwenden, wenn ihre Anwendung

- zu einem Ergebnis führt, das mit wesentlichen Grundsätzen des zwingenden Völkerrechtes (Menschenwürde, Menschenrecht) offensichtlich unvereinbar ist.
- mit den Grundrechten und Grundfreiheiten unvereinbar ist.

Vergleich: Art. 3, 30-32, 56 UN-RES 56/83, Art. 90 (4) türkische Verfassung, Art. 6 EGBGB

7.

Das Restitutionschutzgericht kann bei Konflikten und Kollisionen wegen Verletzung von Grundrechten und Grundfreiheiten in Friedens- und Kriegszeiten in der Verantwortlichkeit der Staaten für völkerrechtswidrige Handlungen im außervertraglichen Schuldverhältnis (UN-RES 56/83) im Vollzuge des zwingenden Völkerrechtes der öffentlichen Rechtsordnung angerufen werden, um die Rechtsverletzung unverzüglich ohne Verzögerung zu beenden.

Das Restitutionschutzgericht des Zivilschutzes wird einseitig oder kann beidseitig angerufen werden.

Soweit ein Konflikt oder eine Kollision vorher in der Wohlverhaltensphase nicht gelöst oder beigelegt werden kann, muß das Restitutionschutzgericht als Schiedsgericht öffentlich, umfassend und obligatorisch angerufen werden.

Schiedsrichter (UN-RES A-RES **66/164**, 64/163) der **SCHUTZMACHT** müssen praktisch nach notwendiger und erforderlicher Schulung und Ausbildung zuvor als

- Menschenrechtler,
- Menschenrechtskommissare,
- Menschenrechtsbeistände und/oder
- Menschenrechtsverteidiger

tätig gewesen sein und umfangreiches Wissen und Erfahrung nachweisen können.

Die Schiedsrichter müssen eine Zertifizierung von der **SCHUTZMACHT** vorweisen, denn die Bestimmungen des zwingenden Völkerrechtes in der öffentlichen Ordnung sind im Vorgang dem Streng- und nicht dem Freibeweis unterworfen.

Der Gläubiger ist der Herr des Anspruchs (UN-RES 56/83).

Das Schiedsgericht ist kein Indiziengericht und entscheidet nicht demokratisch im Freibeweis.

Das Restitutionsgericht ist zwar kein Ermittlungsgericht, doch im Vorgang können Ermittlungsrichter notwendig und erforderlich sein, die eingesetzt werden müssen.

Alle Schiedsrichter des Restitutionschutzgerichtes müssen im zwingenden Völkerrecht der öffentlichen Ordnung ausgebildet, zertifiziert und zugelassen sein. Das Restitutionsgericht als Schiedsgericht wird von Fall zu Fall ad-hoc gebildet und die Feststellungen als Tatsache ad-hoc vollstreckt.

Das Restitutionschutzgericht wird gemäß Art. 1-12, 14, 142-149 genfer Abkommen IV - SR 0.518.51 im zwingenden Völkerrecht der öffentlichen Rechtsordnung tätig, weil in Art. 146-147 genfer Abkommen IV - SR 0.518.51 das Völkerstrafrecht ein Bestandteil im Vollzug des genfer Abkommens in 95 UN-Charta ist (ICC Art. 92-94 UN-Charta).

genfer Abkommen I-IV v. 12.08.1945 und Zusatzprotokolle
Völkerstrafrecht - ROM STATUT

AEMR = Allgemeine Erklärung der Menschenrechte v. 10.12.1948

IPBPR = Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte v. 19.12.1966

EMRK = Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten v. 4.11.1950

EcoSoC = Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte v. 19.12.1966

Eine besondere Ratifikation ist für das Restitutionschutzgericht [GdM - CHB] in ANKARA nicht notwendig und erforderlich, weil sich die Staaten im zwingenden Völkerrecht in der öffentlichen Ordnung gemäß Art. 95 UN-Charta in Verbindung mit den genfer Abkommen in

Rubrum, Rechtswahl, Gerichtstand und Strafbarkeit:
 Verpflichtung und Rechtbestimmung des zwingenden Vertrages

- Art. 1, 52 genfer Abkommen I - SR 0.518.12
- Art. 1, 53 genfer Abkommen II - SR 0.518.23
- Art. 1, 11, 104, 132 genfer Abkommen III - SR 0.518.42
- Art. 1, 12, 149 genfer Abkommen IV - SR 0.518.51

verpflichtend unter allen Umständen akzeptiert haben.

8.

Kein verpflichtender Staat kann weder sich selbst noch einen anderen Staat von den Verantwortlichkeiten befreien, die ihr selbst oder einem anderen Staat auf Grund der Verpflichtungen im zwingenden Völkerrecht der öffentlichen Grundordnung erwähnten Verletzungen zufallen.

- Art. 51 genfer Abkommen I - SR 0.518.12
- Art. 52 genfer Abkommen II - SR 0.518.23
- Art. 131 genfer Abkommen III - SR 0.518.42
- Art. 148 genfer Abkommen IV - SR 0.518.51

9.

Personen und Personengruppen können in keinem Falle, weder teilweise noch vollständig, auf die Rechte verzichten, die ihnen das vorliegende Abkommen und gegebenenfalls die im vorhergehenden Artikel genannten besonderen Vereinbarungen einräumen.

- Art. 7 genfer Abkommen I - SR 0.518.12
 -Verwundete und Kranke, sowie die Angehörigen des Sanitäts- und Seelsorgepersonals
- Art. 52 genfer Abkommen II - SR 0.518.23
 -Verwundete, Kranke und Schiffbrüchige sowie die Angehörigen des Sanitäts- und Seelsorgepersonals
- Art. 131 genfer Abkommen III - SR 0.518.42
 - entwaffnete Kriegsgefangene als eigentuminternierte Flüchtlinge
- Art. 148 genfer Abkommen IV - SR 0.518.51
 -geschützte Personen als Zivilisten

10.

Das Restitutionschutzgericht kann mit Beginn jedes Konflikts oder jeder Rechtskollision angerufen werden.

- Art. 62 Genfer Abkommen I - SR 0.518.12
- Art. 61 Genfer Abkommen II - SR 0.518.23
- Art. 141 Genfer Abkommen III - SR 0.518.42
- Art. 6 Genfer Abkommen IV - SR 0.518.51

11.

Das zwingende Völkerrecht in der öffentlichen Ordnung ist unter der Mitwirkung und Aufsicht der Schutzmächte anzuwenden.

- Art. 8 Genfer Abkommen I - SR 0.518.12
- Art. 8 Genfer Abkommen II - SR 0.518.23
- Art. 8 Genfer Abkommen III - SR 0.518.42
- Art. 9 Genfer Abkommen IV - SR 0.518.51

12.

Das Restitutionschutzgericht ist als nichtwirtschaftliche Nichtregierungsorganisation

- nicht politisch,
- nicht gewerkschaftlich,
- nicht religiös

tätig und ohne Diskriminierung nur der Gerechtigkeit unterworfen.

13.

Der Ausdruck "**zwingendes Völkerrecht**" betrifft die Genfer Abkommen

- Genfer Abkommen I - SR 0.518.12
- Genfer Abkommen II - SR 0.518.23
- Genfer Abkommen III - SR 0.518.42
- Genfer Abkommen IV - SR 0.518.51

und Zusatzprotokolle.

Der Ausdruck "**neutrales Land**" bedeutet die freie türkische Republik.

Geschichtliche Entwicklung und Begründung zum
Vollzug des zwingenden Völkerrechtes:

Das Restitutionschutzgericht ist ein Bundesgericht für den Vollzug völkerrechtlicher Verträge und hat den ständigen Sitz in der freien Republik TÜRKEI, da sich das türkische Volk vom 19.05.1919 bis 24.07.1923 befreit und sich am II. Weltkrieg neutral nicht beteiligt hat. Die freie Republik TÜRKEI ist der Neutralstaat im öffentlichen Völkerrecht und hat die zwingende Aufgabe, -Gerechtigkeit und Frieden auf Erden in der Welt-, zu schaffen.

Die freie Republik TÜRKEI nimmt eine Schlüsselrolle im Völkerrecht ein. Die Existenz und die Beteiligung des Restitutionschutzgerichtes sind in den völkerrechtlichen Verträgen seit dem 12.08.1949 zwingend bestimmt (Akzeptanzliste der Staaten im Anhang) und ist damit für den Vollzug des zwingenden Völkerrechtes in der öffentlichen Rechtsordnung nicht neu.

Das Restitutionschutzgericht ist eine völkerrechtlich-vertraglich bindende nichtwirtschaftliche Nichtregierungsorganisation, die zu allseitiger Erfüllung der durch das gesellschaftliche Bekenntnis gestellten Hilfe - und Schutzaufgaben im zwingenden Völkerrecht der öffentlichen Rechtsordnung für den Schutz von Menschen ausdrücklich bestimmt ist. Die Vorrechte und Immunitäten für die Operationen und Embleme ergeben sich nicht aus der Staatenimmunität, sondern auf Grund der völkerrechtlichen Immunitäten und Vorrechte, die in der Regel ohne Ausnahme für solche juristischen Personen des öffentlichen Rechtes deklaratorisch gelten, die in der natürlichen und völkerrechtlichen Rechtschutzordnung, -im Recht der Verträge - SR 0.111 übertragenen Rechttätigkeit unmittelbar einen durch bestimmte Grundrechte und Grundfreiheiten zwingend völkerrechtlich geschützten öffentlichen Ordnungsbereich-, zugeordnet sind.

**Nur wer frei ist kann Frieden schaffen,
und nur der, der es weiß, kann das Problem zum Ende lösen.**

Die schweizer Eidgenossenschaft ist zwar Depositarstaat der völkerrechtlichen Verträge, doch die schweizer Verfassung befindet sich in einer Totalrevision gegen die öffentliche Ordnung, weil sie die zwingenden Regeln des Völkerrechtes in der öffentlichen Ordnung nicht eingehalten und durchgesetzt hat (Art. 193 (4) schweizer Bundesverfassung). In der Schweiz kann das Restitutionschutzgericht in der Tat nicht errichtet und vollzogen werden, weil die Schweiz die genfer Abkommen nicht umgesetzt haben.

Zwingende Verträge in der öffentlichen Ordnung sind einzuhalten. Verletzungen des zwingend-humanitären Völkerrechtes im Zivilschutz sind melde- und anzeigepflichtig und müssen sofort beendet werden, wenn eine positive Vertragsverletzung vorliegt. Zuständig ist gemäß Art. 95 UN-Charta, Art. 95 GG das Restitutionschutzgericht der SCHUTZMACHT.

Der Ausdruck "**Schulung und Ausbildung**" betrifft die Strafbarkeit von völkerrechtlichen Rechtsvorschriften für die Nichteinhaltung gegen die Umsetzungspflicht des zwingenden Völkerrechtes in der öffentlichen Ordnung, da die Entwicklung und Forschung der zwingend völkerrechtlichen Regeln in der öffentlichen Rechtsordnung zum Ziel des Schutzes und der Förderung der Grundwerte der Menschlichkeit und in Folge der gerechten Rechtstaatlichkeit be- und verhindert wird.

Rechtvorschriften:

Art. 24 (3), 25 GG, Art. 95 UN-Charta Art. 1, 142-149 genfer Abkommen IV - SR 0.518.51
UN-RES 45/120, UN-RES 53/144 oder EU-RES 2009/ C-303/06:

- Art. 47 genfer Abkommen I - SR 0.518.12
- Art. 48 genfer Abkommen II - SR 0.518.23
- Art. 127 genfer Abkommen III - SR 0.518.42
- Art. 144 genfer Abkommen IV - SR 0.518.51

Jeder muß das Völkerrecht per Verfassungrang kennen und anwenden!

Anders als Gesetze eines Staates, kann das zwingende Völkerrecht in der öffentlichen Rechtsordnung mit der Verfassungsbeschwerde von Staaten nicht angefochten werden.

Zivilschutz der SCHUTZMACHT:

Das Zivilschutzabkommen ist unter allen Umständen einzuhalten und seine Einhaltung durchzusetzen.

- Die hohen Vertragsparteien verpflichten sich, in Friedens- und in Kriegszeiten den Wortlaut des vorliegenden Abkommens in ihren Ländern im weitestmöglichen Ausmaß zu verbreiten und insbesondere sein Studium in die militärischen und wenn möglich zivilen Ausbildungsprogramme aufzunehmen, damit die Gesamtheit der Bevölkerung seine Grundsätze kennen lernen kann.
- Die zivilen, militärischen, polizeilichen oder anderen Behörden, die in Kriegszeiten eine Verantwortung in Bezug auf geschützte Personen übernehmen, müssen den Wortlaut des Abkommens besitzen und über dessen Bestimmungen besonders unterrichtet werden.

Der Ausdruck "**Vorrechte und Immunitäten**" wird in der öffentlichen Rechtsordnung für den Vollzug des zwingenden Völkerrechtes

- Art. 125-132 genfer Abkommen III - SR 0.518.42
- Art. 142-149 genfer Abkommen IV - SR 0.518.51

und im Völkerstrafrecht in §§ 8-10 VStGB geregelt.

Der Ausdruck "**SCHUTZMACHT**" wird im zwingenden Völkerrecht "**ius cogens**" des Kontrahierungszwanges im

- genfer Abkommen I - SR 0.518.12 - 3 Mal
- genfer Abkommen II - SR 0.518.23 - 3 Mal
- genfer Abkommen III - SR 0.518.42 - 42 Mal
- genfer Abkommen IV - SR 0.518.51 - 43 Mal

genannt und vorausgesetzt.

Die SCHUTZMACHT ist die **prelaterale Sonderbotschaft für die vereinten Nationen** des Generalsekretariats der **bilateralen** vereinten Nationen von Verpflichtungsstaaten für die Wahrung, Umsetzung, Förderung und den Schutz durch Vollzug der Erklärung der Menschenrechte.

Gemäß Art. 142 genfer Abkommen IV - SR 0.518.51 kann die SCHUTZMACHT auf dem Gebiet des Gewahrsamsstaates oder in einem anderen Land gegründet werden oder aber internationalen Charakter mit der Apostille haben, die im Aufgabenbereich des Art. 147-149 genfer Abkommen IV - SR 0.518.51 im Völkerstrafrecht als Schiedsrichter der SCHUTZMACHT in allen genfer Abkommen I-IV vertraglich verpflichtet tätig sein müssen.

Das SHAEF- und das SMAD-Kommando, die Weltbank und Derivatorganisationen wie die Bank für internationalen Zahlungsausgleich und alle UN-Organisationen sind im zwingenden Völkerrecht der genfer Abkommen an die SCHUTZMACHT im Vollzug des zwingenden Völkerrechts gemäß Art. 95 UN-Charta über das Generalsekretariat der vereinten Nationen **prelateral** gebunden. Alle Feststellungen des Restitutionsgerichts werden dem Generalsekretariat der vereinten Nationen zur Vollstreckung gemeldet, denn in Art. 1 genfer Abkommen muß unter allen Umständen die Feststellung des Restitutionsgerichtes eingehalten und die Einhaltung einfach zwingend durchgesetzt werden.

In Art. 1 genfer Abkommen IV muß das zwingende Völkerrecht unter allen Umständen eingehalten und die Einhaltung durchgesetzt werden. Die Staaten haben sich bereits dem Restitutionschutzgericht durch Beitritt im Vollzug der Abkommen in den völkerrechtlichen Abkommen zwingend mit Akzeptanz verpflichtet, so daß nichts Neues geschaffen, sondern das Völkerrecht mit dem Restitutionschutzgericht zwingend erfüllt wird.

Der Zivilschutz als SCHUTZMACHT gewährt die Einhaltung der völkerrechtlichen Verpflichtungsverträge,

- um auch diejenigen Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen des zwingenden Völkerrechtes zu unterbinden, die nicht zu den im folgenden Schutzerklärungen umschriebenen schweren Verletzungen in den genfer Abkommen zählen.
- über die Auslegung oder die Anwendung der genfer Abkommen im Aufgabenbereich der Art. 1-11, 132-149 genfer Abkommen IV der SCHUTZMACHT (Zivilschutz), die zur Herbeiführung einer Lösung zur Beendigung des Problems dienen.

Der umfassende immaterielle und materielle Zivilschutz und die SCHUTZMACHT unterscheiden sich von der ausschließlich-materiellen

- Zivilversorgung,
- Zivilrettung,
- Zivilwacht,
- Technisches Hilfswerk
- Bergwacht,

- Besetzungsmacht,
- Gewahrsamsstaat,
- Streitmacht,
- Seenotdienste oder
- Seelsorge,

die keine Kategorie Recht sind.

Die SCHUTZMACHT ist nach 71 Jahren diplomatisch mit Apostille zertifiziert, ratifiziert und am 12.08.2020 in Kraft getreten.

Zertifikation und Ratifikation im Völkerrecht
Rechtstitel - EGMR 75529/01
Beweisurkunden mit absoluter Beweiskraft

wiener Abkommen - Diplomatie:

Landesnotar Egmont BILZHAUSE jun., STADE, Urkunde 247/2020 vom 07.07.2020

haager Abkommen - Apostille:

Landgericht STADE, Apostille 9191 a 119– 133 /2020

als Beitritt in die genfer Abkommen durch Ratifikation:

SR 0.518.12, SR - 0.518.23, SR - 0.518.42, SR - 0.518.51

Beweis: Zustellungsurkunden - Art. 155-159 - SR - 0.518.51

BRD: RT963984265DE = RJ000105726DE und CH: 98.40.472361.14618493



Art. 95 UN-Charta



Court of the Human Beings (CHB) for Protection Power (PP) & CIA
 Atatürk Bulvarı [TR-06680] Ankara /TURKEY

Restitutionschutzgericht - Liste Verpflichtungsstaaten

Vollzug: - www.eda.admin.ch/vertraege

Geltungsbereich der vier zwingenden Abkommen im Völkerrecht

SR 0.518.12 (Abk. I), **0.518.23** (Abk. II), **0.518.42** (Abk. III), **0.518.51** (Abk. IV)

Vertragsstaaten	Ratifikation Beitritt (B) Nachfolgeerklärung (N)		Inkrafttreten	
Afghanistan	26. September	1956	26. März	1957
Ägypten	10. November	1952	10. Mai	1953
Albanien*	27. Mai	1957	27. November	1957
Algerien	20. Juni	1960 B	20. Dezember	1960
Andorra	17. September	1993 B	17. März	1994
Angola*	20. September	1984 B	20. März	1985
Antigua und Barbuda	6. Oktober	1986 N	1. November	1981
Äquatorialguinea	24. Juli	1986 B	24. Januar	1987
Argentinien	18. September	1956	18. März	1957
Armenien	7. Juni	1993 B	7. Dezember	1993
Aserbajdschan	1. Juni	1993 B	1. Dezember	1993
Äthiopien	2. Oktober	1969	2. April	1970
Australien**	14. Oktober	1958	14. April	1959
Bahamas	11. Juli	1975 N	10. Juli	1973
Bahrain	30. November	1971 B	30. Mai	1972
Bangladesch	4. April	1972 N	26. März	1971
Barbados	10. September	1968 N	30. November	1966
Belarus	3. August	1954	3. Februar	1955
Belgien	3. September	1952	3. März	1953
Belize	29. Juni	1984 B	29. Dezember	1984
Benin	14. Dezember	1961 N	1. August	1960
Bhutan	10. Januar	1991 B	10. Juli	1991
Bolivien	10. Dezember	1976	10. Juni	1977
Bosnien und Herzegowina	31. Dezember	1992 N	6. März	1992
Botsuana	29. März	1968 B	29. September	1968
Brasilien	29. Juni	1957	29. Dezember	1957
Brunei	14. Oktober	1991 B	14. April	1992
Bulgarien	22. Juli	1954	22. Januar	1955
Burkina Faso	7. November	1961 N	5. August	1960
Burundi	27. Dezember	1971 N	1. Juli	1962
Chile	12. Oktober	1950	12. April	1951
China*	28. Dezember	1956	28. Juni	1957
Hongkong	14. April	1999	1. Juli	1997
Macao	31. Mai	2000	20. Dezember	1999
Cook-Inseln	7. Mai	2002 N	11. Juni	2001
Costa Rica	15. Oktober	1969 B	15. April	1970
Côte d'Ivoire	28. Dezember	1961 N	7. August	1960
Dänemark	27. Juni	1951	27. Dezember	1951
Deutschland	3. September	1954 B	3. März	1955
Dominica	28. September	1981 N	3. November	1978
Dominikanische Republik	22. Januar	1958 B	22. Juli	1958
Dschibuti	26. Januar	1978 N	27. Juni	1977
Ecuador	11. August	1954	11. Februar	1955
El Salvador	17. Juni	1953	17. Dezember	1953

Eritrea	14. August	2000 B	14. August	2000
Estland	18. Januar	1993 B	18. Juli	1993
Fidschi	9. August	1971 N	10. Oktober	1970
Finnland	22. Februar	1955	22. August	1955
Frankreich	28. Juni	1951	28. Dezember	1951
Gabun	20. Februar	1965 N	17. August	1960
Gambia	11. Oktober	1966 N	18. Februar	1965
Georgien	14. September	1993 B	14. März	1994
Ghana	2. August	1958 B	2. Februar	1959
Grenada	13. April	1981 N	7. Februar	1974
Griechenland	5. Juni	1956	5. Dezember	1956
Guatemala	14. Mai	1952	14. November	1952
Guinea	11. Juli	1984 B	11. Januar	1985
Guinea-Bissau*	21. Februar	1974 B	21. August	1974
Guyana	22. Juli	1968 N	26. Mai	1966
Haiti	11. April	1957 B	11. Oktober	1957
Heiliger Stuhl	22. Februar	1951	22. August	1951
Honduras	31. Dezember	1965 B	30. Juni	1966
Indien	9. November	1950	9. Mai	1951
Indonesien	30. September	1958 B	30. März	1959
Irak	14. Februar	1956 B	14. August	1956
Iran*	20. Februar	1957	20. August	1957
Irland	27. September	1962	27. März	1963
Island	10. August	1965 B	10. Februar	1966
Israel*	6. Juli	1951	6. Januar	1952
Italien	17. Dezember	1951	17. Juni	1952
Jamaika	17. Juli	1964 N	6. August	1962
Japan	21. April	1953 B	21. Oktober	1953
Jemen	16. Juli	1970 B	16. Januar	1971
Jordanien	29. Mai	1951 B	29. November	1951
Kambodscha	8. Dezember	1958 B	8. Juni	1959
Kamerun	16. September	1963 N	1. Januar	1960
Kanada*	14. Mai	1965	14. November	1965
Kap Verde	11. Mai	1984 B	11. November	1984
Kasachstan	5. Mai	1992 N	21. Dezember	1991
Katar	15. Oktober	1975 B	15. April	1976
Kenia	20. September	1966 B	20. März	1967
Kirgisistan	18. September	1992 N	21. Dezember	1991
Kiribati	5. Januar	1989 N	12. Juli	1979
Kolumbien	8. November	1961	8. Mai	1962
Komoren	21. November	1985 B	21. Mai	1986
Kongo (Brazzaville)	30. Januar	1967 N	15. August	1960
Kongo (Kinshasa)	20. Februar	1961 N	30. Juni	1960
Korea (Nord-)*	27. August	1957 B	27. Februar	1958
Korea (Süd-)*	16. August	1966 B	23. September	1966
Kroatien	11. Mai	1992 N	8. Oktober	1991
Kuba	15. April	1954	15. Oktober	1954
Kuwait	2. September	1967 B	2. März	1968
Laos	29. Oktober	1956 B	29. April	1957
Lesotho	20. Mai	1968 N	4. Oktober	1966
Lettland	24. Dezember	1991 B	24. Juni	1992
Libanon	10. April	1951	10. Oktober	1951
Liberia	29. März	1954 B	29. September	1954
Libyen	22. Mai	1956 B	22. November	1956
Liechtenstein	21. September	1950	21. März	1951
Litauen	3. Oktober	1996 B	3. April	1997
Luxemburg	1. Juli	1953	1. Januar	1954
Madagaskar	13. Juli	1963 N	26. Juni	1960

Malawi	5. Januar	1968 B	5. Juli	1968
Malaysia	24. August	1962 B	24. Februar	1963
Malediven	18. Juni	1991 B	18. Dezember	1991
Mali	24. Mai	1965 B	24. November	1965
Malta	22. August	1968 N	21. September	1964
Marokko	26. Juli	1956 B	26. Januar	1957
Marshallinseln	1. Juni	2004 B	1. Dezember	2004
Mauretanien	27. Oktober	1962 N	28. November	1960
Mauritius	18. August	1970 N	12. März	1968
Mazedonien*	1. September	1993 N	8. September	1991
Mexiko	29. Oktober	1952	29. April	1953
Mikronesien	19. September	1995 B	19. März	1996
Moldau	24. Mai	1993 B	24. November	1993
Monaco	5. Juli	1950	5. Januar	1951
Mongolei	20. Dezember	1958 B	20. Juni	1959
Montenegro	2. August	2006 B	2. Februar	2007
Mosambik	14. März	1983 B	14. September	1983
Myanmar	25. August	1992 B	25. Februar	1993
Namibia	22. August	1991 N	21. März	1990
Nauru	27. Juni	2006 B	27. Dezember	2006
Nepal	7. Februar	1964 B	7. August	1964
Neuseeland**	2. Mai	1959	2. November	1959
Nicaragua	17. Dezember	1953	17. Juni	1954
Niederlande	3. August	1954	3. Februar	1955
Aruba	3. August	1954	3. Februar	1955
Curaçao	3. August	1954	3. Februar	1955
Karibische Gebiete (Bonaire, Sint Eustatius und Saba)	3. August	1954	3. Februar	1955
Sint Maarten	3. August	1954	3. Februar	1955
Niger	16. April	1964 N	3. August	1960
Nigeria	9. Juni	1961 N	1. Oktober	1960
Norwegen	3. August	1951	3. Februar	1952
Oman	31. Januar	1974 B	31. Juli	1974
Österreich	27. August	1953	27. Februar	1954
Pakistan*	12. Juni	1951	12. Dezember	1951
Palästina	2. April	2014 B	2. April	2014
Palau	25. Juni	1996 B	25. Dezember	1996
Panama	10. Februar	1956 B	10. August	1956
Papua-Neuguinea	26. Mai	1976 N	16. September	1975
Paraguay	23. Oktober	1961	23. April	1962
Peru	15. Februar	1956	15. August	1956
Philippinen				
Abk. I	7. Februar	1951	7. September	1951
Abk. II-IV	6. Oktober	1952	6. April	1953
Polen	26. November	1954	26. Mai	1955
Portugal*	14. März	1961	14. September	1961
Ruanda	21. März	1964 N	1. Juli	1962
Rumänien	1. Juni	1954	1. Dezember	1954
Russland*	10. Mai	1954	10. November	1954
Salomoninseln	6. Juli	1981 N	7. Juli	1978
Sambia	19. Oktober	1966 B	19. April	1967
Samoa	23. August	1984 N	1. Januar	1962
San Marino	29. August	1953 B	28. Februar	1954
São Tomé und Príncipe	21. Mai	1976 B	21. November	1976
Saudi-Arabien	18. Mai	1963 B	18. November	1963
Schweden	28. Dezember	1953	28. Juni	1954
Schweiz	31. März	1950	21. Oktober	1950
Senegal	23. April	1963 N	20. Juni	1960
Serbien	16. Oktober	2001 N	27. April	1992

Seychellen	8. November	1984 B	8. Mai	1985
Sierra Leone	31. Mai	1965 N	27. April	1961
Simbabwe	7. März	1983 B	7. September	1983
Singapur	27. April	1973 B	27. Oktober	1973
Slowakei*	2. April	1993 N	1. Januar	1993
Slowenien	26. März	1992 N	25. Juni	1991
Somalia	12. Juli	1962 B	12. Januar	1963
Spanien	4. August	1952	4. Februar	1953
Sri Lanka				
Abk. I-III	28. Februar	1959	28. August	1959
Abk. IV	23. Februar	1959 B	23. August	1959
St. Kitts und Nevis	14. Februar	1986 N	19. September	1983
St. Lucia	18. September	1981 N	22. Februar	1979
St. Vincent und die Grenadinen	1. April	1981 B	1. Oktober	1981
Südafrika	31. März	1952 B	30. September	1952
Südsudan	25. Januar	2013 B	25. Januar	2013
Sudan	23. September	1957 B	23. März	1958
Suriname*	13. Oktober	1976 N	25. November	1975
Swasiland	28. Juni	1973 B	28. Dezember	1973
Syrien	2. November	1953	2. Mai	1954
Tadschikistan	13. Januar	1993 N	21. Dezember	1991
Tansania	12. Dezember	1962 N	9. Dezember	1961
Thailand	29. Dezember	1954 B	29. Juni	1955
Timor-Leste	8. Mai	2003	8. November	2003
Togo	6. Januar	1962	27. April	1960
Tonga	13. April	1978 N	4. Juni	1970
Trinidad und Tobago				
Abk. I	17. Mai	1963 B	17. November	1963
Abk. II-IV	24. September	1963 B	24. März	1964
Tschad	5. August	1970 B	5. Februar	1971
Tschechische Republik	5. Februar	1993 N	1. Januar	1993
Tunesien	4. Mai	1957 B	4. November	1957
Türkei	10. Februar	1954	10. August	1954
Turkmenistan	10. April	1992 N	26. Dezember	1991
Tuvalu	19. Februar	1981 N	1. Oktober	1978
Uganda	18. Mai	1964 B	18. November	1964
Ukraine	3. August	1954	3. Februar	1955
Ungarn*	3. August	1954	3. Februar	1955
Uruguay*	5. März	1969	5. September	1969
Usbekistan	8. Oktober	1993 B	8. April	1994
Vanuatu	27. Oktober	1982 B	27. April	1983
Venezuela	13. Februar	1956	13. August	1956
Vereinigte Arabische Emirate	10. Mai	1972 B	10. November	1972
Vereinigte Staaten* **	2. August	1955	2. Februar	1956
Vereinigtes Königreich* **	23. September	1957	23. März	1958
Vietnam*	28. Juni	1957 B	28. Dezember	1957
Zentralafrikanische Republik	1. August	1966 N	13. August	1960
Zypern	23. Mai	1962 B	23. November	1962



Feststellung in BVerfGE 1 BvR 1766/2015 der Verfassungsschuldordnung

Juristische Personen im öffentlichen Recht (GR) haben keine Grundrechtberechtigung, sondern sind Grundrecht verpflichtet, wenn sie öffentliche Aufgaben wahrnehmen (Grundrecht = öffentliche Ordnung).

Ein Verband juristischer Personen ohne Grundrecht ist nicht

grundbuch-, recht-, geschäft-, handlung-, delikt-, insolvenz-, vertrag- oder prozessfähig, sondern nur schuldhaft und schuldfähig in der Obligation.

Juristische Personen des privaten Recht haben keine Grundrechtberechtigung, wenn sie von der öffentlichen Hand gehalten oder beherrscht werden. Denn nach der

Konfusions - und Durchscheinargumentation

können sie nach acta iure imperii ohne ius gentium

nicht Grundrecht verpflichtet und gleichzeitig Grundrecht berechtigt sein oder mehr Recht übertragen als sie selbst besitzen.

